

Rats-Update Nr. 26

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 23. Juni 2025

Zur letzten Sitzung des Duisburger Stadtrates vor der diesjährigen Sommerpause (und vor der Kommunalwahl am 14.09.2025) standen zwar keine Demonstranten vor der Mercatorhalle, jedoch insgesamt 112 öffentliche und 17 nichtöffentliche Tagesordnungspunkte zur Beratung an. Insofern erwarteten die Ratsmitglieder eine längere Sitzung.

2 FDP-Anträge nicht zugelassen

Gleich zu Beginn erklärte Oberbürgermeister Sören Link dass zwei Anträge der FDP formal zu spät eingereicht wurden. Laut Geschäftsordnung können dennoch weitere Anträge zur Beratung zugelassen werden, wenn eine sogenannte „Dringlichkeit“ vorliegt. Der OB konnte diese Dringlichkeit jedoch bei beiden FDP-Anträgen nicht erkennen und ließ die Anträge in der heutigen Sitzung nicht zu. Andernfalls wären sie unter den Tagesordnungspunkten 113 und 114 beraten worden.

Da der Kommunalwahlkampf im politischen Raum bereits spürbar begonnen hat, liegt die Vermutung nahe, dass der Oberbürgermeister in verspäteten Anträgen von SPD oder CDU durchaus irgendeine Dringlichkeit erkannt hätte. Die FDP wird beide Anträge in der nächsten Ratssitzung stellen, die jedoch erst nach der Kommunalwahl im Oktober stattfinden wird. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass die SPD bis dahin beide Themen aufgreifen- und als eigene Ideen oder Initiativen darstellen wird.

1. FDP-Antrag: Straße nach Margot Friedländer benennen

Beim ersten FDP-Antrag ging es darum, eine Straße in Duisburg nach der kürzlich verstorbenen Margot Friedländer zu benennen, die eine deutsche Überlebende des Holocausts war und sich öffentlich als Zeitzeugin engagierte. ([Link zu Antrag Nr. 25_0805](#))

2. FDP-Antrag: Wickeltische in öffentlichen Gebäuden

Im zweiten FDP-Antrag ging es darum, für leicht zugängliche Wickeltische in öffentlichen Gebäuden zu sorgen – und zwar nicht nur in Damentoiletten, sondern auch in Herrentoiletten und/oder in neutral zugänglichen Räumen. ([Link zu Antrag Nr. 25_0804](#))

Ethische Grundsätze für die Ratsarbeit

Bereits zum vierten Mal stand ein Thema auf der Tagesordnung, das die Stadtverwaltung auf Antrag von SPD, CDU und BSW erarbeitet hatte. Dabei ging es um sogenannte „ethische Grundsätze für die Arbeit im Rat“. Wie bereits berichtet, handelt es sich um eine Ansammlung von selbstverständlichen Umgangsformen und (ohnehin) vorhandenen gesetzlichen Regeln und Vorschriften, weswegen die FDP sich von Anfang an gegen diese Idee ausgesprochen hat. Nachdem die Grünen in der letzten Ratssitzung noch einmal eine weitere Lesung beantragt hatten, stand heute der endgültige Beschluss an. Überraschenderweise beschloss eine große Mehrheit des Rates diese Vorlage kommentarlos.

Jahresabschlüsse zahlreicher städtischer Gesellschaften und der Stadt

Traditionell standen zur Ratssitzung vor der Sommerpause wieder zahlreiche Jahresabschlüsse städtischer Gesellschaften auf der Tagesordnung, die der Rat üblicherweise kommentarlos beschließt und gleichzeitig die Aufsichtsratsmitglieder für das letzte Geschäftsjahr entlastet. Außerdem erhielten die Ratsmitglieder den Jahresabschluss der Stadt für das Jahr 2024, den der Stadtkämmerer ergänzte und kommentierte. Er erläuterte (nochmal), dass Duisburg nur eine von 16 Kommunen in NRW sei, die im vergangenen Jahr einen ausgeglichenen Haushalt erreicht hatten. Allerdings war sein finanzieller Ausblick auf die kommenden Jahre eher verhalten.

Aktionsplan gegen Queerfeindlichkeit und Diskriminierung

Der Stadtrat hatte die Verwaltung 2023 beauftragt, einen Aktionsplan gegen Queerfeindlichkeit und Diskriminierung zu erstellen. Ziel des Aktionsplanes war es, die Akzeptanz für die queere Community zu erhöhen und die Gesellschaft zu sensibilisieren. Erwartungsgemäß gab es zahlreiche Wortmeldungen und längere Diskussionen zu diesem Thema. Die Grünen begründeten ihre Zustimmung damit, dass die Stadt mit dem Aktionsplan „ein starkes Zeichen setze“. Die AfD erklärte, dass sie „kein neues Normal propagieren“ wolle und diesen Plan ablehne.

Die CDU-Vertreterin führte aus, dass Duisburg „eine weltoffene Stadt mit 140 Nationalitäten, verschiedenen Religionen und unterschiedlichen Ausrichtungen“ sei, weswegen die CDU den Aktionsplan begrüße. Ratsherr Levent Önder von der SGU äußerte sich irritierend. Er erklärte, da man sich im vorletzten Jahr nicht auch „gegen Anti-Muslimische Diskriminierung“ ausgesprochen hätte, könne er diesen Aktionsplan jetzt „nicht ernst nehmen“. Der Oberbürgermeister widersprach dieser Darstellung in einem minutenlangen Zwiegespräch mit Levent Önder.

Zuletzt beantragten die Grünen das Ende der langatmigen Debatte, dem die große Mehrheit des Rates zustimmte. In der Abstimmung stimmte nur die AfD gegen den Aktionsplan. Tierschutz/DAL enthielten sich (wie so oft) der Stimme.

Initiative der FDP: Platz der Kinderrechte

Auf Initiative der FDP und nach zweijährigen Beratungen zwischen Verwaltung, Politik und Kinderschutzbund beschloss der Stadtrat jetzt einen „Platz der Kinderrechte“ im Innenhafen einzurichten. Dazu lag ein Änderungsantrag der Grünen vor, diesen Platz nicht im Innenhafen zu erstellen, sondern an Stelle der Glaspavillons auf der Kuhstraße, wenn diese (irgendwann) abgerissen wurden.

Die SPD erklärte, dass man nach zwei Jahren Beratungszeit jetzt zu einer Umsetzung kommen möchte. Wenn die Pavillons irgendwann weg seien, könne man die Gedenk-Stele, die extra von ThyssenKrupp-Auszubildenden erstellt werde, dorthin umsetzen. Jetzt jedoch wolle man das Thema abschließen. Die CDU schloss sich diesen Worten an. Die Fraktion BSW erklärte, dass der Platz im Innenhafen gut gewählt sei, da dort immer wieder Veranstaltungen und Festivals für Kinder stattfinden.

FDP-Ratsfrau Kira Schulze Lohoff ergänzte noch einmal, dass die Initiative zum „Platz der Kinderrechte“ auf einen Antrag der FDP aus dem Jahr 2022 zurückgehe und sie (im Gegensatz zu den Grünen) nach zweijähriger Beratungszeit nachvollziehen könne, warum andere Plätze derzeit nicht zur Verfügung stünden oder nicht genehmigungsfähig seien.

Stadt stellt 318 Nachwuchskräfte ein

Auch bei jährlich wiederkehrenden und geradezu „selbstverständlichen“ Beschlussvorlagen konnte man den bevorstehenden Kommunalwahlkampf deutlich erkennen. Selbst dafür, das die Stadt im kommenden Jahr (wieder einmal) 318 Nachwuchskräfte einstellen möchte, überschüttete die SPD ihren Oberbürgermeister mit Lobeshymnen. Dabei geht es um unterschiedliche Verwaltungsberufe, Feuerwehrtechnische Dienste, Kaufleute, Erzieherinnen, Informatiker, Hygienekontrolleure und Forstwirte.

Neubau der Brücke der Solidarität

Nach jahrelangen Beratungen lag jetzt eine Machbarkeitsstudie vor, wie eine Schienenanbindung für Straßenbahnen in den Duisburger Westen möglich sei. Dabei wurde festgestellt, dass dies erst möglich sei, wenn die Brücke der Solidarität zwischen Hochfeld und Rheinhausen neu gebaut wird. Der tatsächliche Neubau der Brücke wird voraussichtlich erst 2040 erfolgen, dennoch sollte der Rat jetzt die dazu erforderlichen weitergehenden Planungen beschließen.

Auch bei diesem Thema konnte man erkennen, wie reizbar der nahende Kommunalwahlkampf die handelnden Politiker macht. Die Grünen begrüßten die Pläne, ergänzten aber, dass die Bahnen, die bereits jetzt schon rechtsrheinisch fahren, auch funktionieren und tatsächlich fahren müssten. Aufgebracht und langatmig erklärten gleich mehrere Vertreter der SPD was man in den vergangenen Jahren alles für den ÖPNV getan habe und wie hoch die Summen seien, die allein in der heutigen Ratssitzung wieder für den ÖPNV bereit gestellt würden. Zudem würden in der kommenden Ratssitzung weitere große Investitionen in den ÖPNV erfolgen. Die Pläne zum Neubau der Brücke wurden einstimmig beschlossen.

Vorkaufsrecht der Stadt

Im weiteren Verlauf der Sitzung folgten mehrere Beschlüsse, wonach die Stadt sich im gesamten Stadtgebiet Vorkaufsrechte bei zahlreichen Grundstücken einräumte, um sicherzustellen, dass alle zukünftigen Entwicklungen in diesen Bereichen im Sinne der Stadt erfolgen. In der vergangenen Ratssitzung wurden bereits verschiedene Grundstücke im Duisburger Süden benannt und mit einem Vorkaufsrecht der Stadt belegt. Jetzt folgten zahlreiche Grundstücke in allen anderen Stadtbezirken. Die FDP-Fraktion ist in ihren Beratungen zu dem Schluss gekommen, dass die Stadt verschiedene Möglichkeiten hat, die Entwicklung bestimmter Gebiete und Bereiche zu steuern und zu beeinflussen.

Der Kauf von Grundstücken ist dazu wirklich nicht erforderlich. In diesem Sinne stimmte die FDP gegen alle Beschlüsse dieser Art. Alle anderen Ratsfraktionen sahen hier kein Problem und beschlossen die „Kaufvorschläge“ der Stadtverwaltung.

Neuaufstellung des 4. Nahverkehrsplans der Stadt Duisburg

Nach §8 des ÖPNVG NRW ist die Stadt Duisburg als Aufgabenträgerin für den ÖPNV verpflichtet, einen Nahverkehrsplan aufzustellen. Der Rat sollte jetzt entscheiden, dass der bestehende Plan bis zum Jahr 2028 überarbeitet werden soll.

In der Theorie gibt es hier eine klare Trennung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Zunächst erklären die Politiker der jeweiligen Kommune, welche Strecken im Stadtgebiet, in welchem Umfang und in welchen Taktzeiten von Bussen und Bahnen befahren werden sollen. Daraufhin werden europaweit Verkehrsgesellschaften gesucht und beauftragt, diesen Plan gegen entsprechende Bezahlung der Stadt umzusetzen. Einzelne Linien könnten also auch einzeln ausgeschrieben und von verschiedenen Busgesellschaften befahren werden. Soweit die Theorie. In Duisburg ticken die Uhren jedoch anders. Bereits vor Jahren hat der Stadtrat beschlossen, dass in Duisburg ausschließlich die DVG alle Linien befahren darf - und zwar für die kommenden 28 Jahre. Mehr war nach damaligem EU-Vergaberecht nicht möglich.

In der Duisburger Praxis erfolgt bereits die Erstellung oder Änderung des Nahverkehrsplans immer federführend durch die DVG (Duisburger Verkehrsgesellschaft AG), die sich also ihre eigenen Linien und Takte erarbeitet und (nach Beauftragung durch den Stadtrat) später auch befährt.

Zu diesem Thema gab es erwartungsgemäß zahlreiche Wortmeldungen, vor allem von den Grünen und Linken, die erklärten, was im neuen Nahverkehrsplan alles beachtet und berücksichtigt werden sollte. Der zuständige Dezernent Linne erläuterte, dass dieser Plan erst 2028 in Kraft treten soll, insofern noch viel Zeit sei, die Planungen zu ergänzen und nachzubessern. Die SPD nutzte auch diese Gelegenheit, sich selbst und den Oberbürgermeister für den (noch gar nicht erstellten) Plan zu loben.

Mitführungspflicht von Hundekotbeuteln

Die Verwaltung hatte dem Rat eine Änderung der Sicherheits- und Ordnungsverordnung zum Beschluss vorgelegt. Darin ist alles geregelt, womit die Mitarbeiter des Ordnungsamtes zu tun haben.

In der geänderten Fassung wurde jetzt *„die Einführung einer Pflicht für Hundeführende zum Mitführen geeigneter Hundekotbeutel oder ein anderes geeignetes Behältnis zur Aufnahme und zum Transport von Hundekot“* aufgenommen. Laut Verwaltungsvorlage wird dadurch *„eine erhebliche Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten erreicht“*. Und weiter: *„Eine Ahndung ist nun auch schon möglich, wenn kein geeigneter Kotbeutel mitgeführt wird“*. Damit wurde diese Vorlage zum Top-Thema dieser Ratssitzung.

Die SPD erklärte erwartungsgemäß, dass dies eine sinnvolle Maßnahme sei und dieses Thema in den letzten Bevölkerungsbefragungen stets weit vorne lag. Die Fraktion JuDu forderte konkretere Formulierungen, in denen klar definiert wird, was passiert, wenn jemand zu wenig Beutel dabei hat. Zudem ergänzte der JuDu-Sprecher, dass Mitarbeiter des Ordnungsamtes keine Taschenkontrollen durchführen dürfen, insofern die praktische Durchführung der Hundekotbeutelüberprüfung schwierig würde.

Das BSW erklärte, dass es besser sei, wenn in der Vorlage stehen würde, *„immer mindestens einen Beutel“* dabei haben, anstatt *„in ausreichender Anzahl“*. FDP-Ratsherr Oliver Alefs erklärte die ablehnende Haltung der FDP-Fraktion: *„Wer bisher nicht den Kot seines Hundes wegmacht, wird es auch durch diese Verordnung nicht tun. Solche Dinge tragen auch nicht zur Entbürokratisierung bei“*.

Der zuständige Dezernent Bischof versuchte die Vorlage zu erklären und verglich die Idee mit dem Mitführen von genügend Sicherheitswesten im Auto. Das Ganze sei hauptsächlich nur zur Sicherheit der städtischen Mitarbeiter, damit diese wüssten, wie sie bei auffälligen Hundebesitzern vorgehen- oder bei Kontrollen reagieren könnten.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Willi Bies erklärte, dass er durch die Diskussion den Eindruck hätte, als wären hier *„die Grundfeste der Stadt ins Wanken geraten“*. Er kritisierte den Dezernenten für sein Beispiel mit den Warnwesten, denn es sei zwar Pflicht diese mitzuführen, jedoch keine Pflicht, diese auch zu nutzen. Insofern sieht er auch ein großes Problem bei der Umsetzung durch städtische Mitarbeiter. Letztendlich stimmte nur die FDP gegen die neue Mitführungspflicht von Hundekotbeuteln.

Anträge der Grünen

Zu heftigen strittigen Auseinandersetzungen führten drei Anträge der Grünen, die damit auf das erneute Finanzdesaster der Gebag reagieren wollten. Im ersten Antrag sollten die Wirtschaftsprüfer aller städtischen Gesellschaften verpflichtend alle fünf Jahre gewechselt werden. Im zweiten Antrag sollte ein Beteiligungscontrolling installiert werden, dass den Rat beständig über viele Daten der städtischen Gesellschaften informieren sollte und dem dritten Antrag nach sollten unabhängige externe Sachverständige Teil der Aufsichtsräte werden.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Mahlberg kritisierte die Grünen heftig für ihre Anträge. Es könne keine Generallösung geben, die für alle städtischen Gesellschaften gelte. Zudem hätten die Grünen immer mitgestimmt, wenn es um die Besetzung der Aufsichtsgremien sowie deren Regeln und Aktivitäten gegangen sei. „Jetzt tun Sie so, als ob Sie nicht dabei gewesen wären“. Weiterhin wirft er den Grünen puren Populismus vor. Er habe in einer Liste zusammengestellt, wobei die Grünen zugestimmt hätten. Mit diesen Worten ging er zum Tisch der Grünen und knallte dort seine erstellte Liste auf den Tisch.

Die Grünen wehrten sich gegen diese Vorwürfe und den „Angriff“. Einen Papierstapel auf den Tisch zu werfen sei *„einschüchternd und übergriffig“*. Mahlberg forderte, derartige *„Maßregelungen“* gegen ihn zu unterlassen. Dem entgegneten die Grüne wiederum mit zahlreichen Wortmeldungen. Mit jedem Wortbeitrag wurde der Ton zwischen Grünen und CDU schärfer und attackierender.

FDP-Ratsherr Oliver Alefs erklärte, dass hier offensichtlich die Aufsichtsgremien versagt hätten. Aber das Aufblähen dieser Gremien verursache nur weitere Kosten und löse das Problem nicht. Nachdem der Stadtdirektor erklärt hatte, dass es bereits verpflichtend sei, die Wirtschaftsprüfer alle fünf Jahre zu wechseln und es mit der Beteiligungsgesellschaft in der Kämmerei bereits ein Kontrollgremium gäbe, beruhigten sich die Gemüter langsam. Am Ende stimmten nur Grüne und Linke für die drei Anträge der Grünen, alle anderen lehnten die geforderten Maßnahmen ab.

Auch ein weiterer Antrag der Grünen stellte sich als obsolet heraus. Im Antrag forderten die Grünen die Einführung eines digitalen Zeiterfassungssystems in der Duisburger Stadtverwaltung. Die zuständige Dezernentin Kerstin Wittmeier erklärte dazu, dass es dies bereits gäbe und nur einige wenige Schichten der Feuerwehr noch nicht integriert werden konnten.

Zukunft der Stahlindustrie in Duisburg

Dem Rat wurde eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zur Stahlindustrie in Duisburg vorgelegt. Das Wichtigste daraus als Zitat: *„Die Stahlbranche steht vor der Herausforderung vor großen Herausforderungen, die Anlagen ökonomisch verträglich auf eine klimaneutralere Stahlproduktion umzustellen. Gleichzeitig steht die deutsche Stahlbranche unter dem Druck hoher Energiepreise und einem erheblichen internationalen Wettbewerbsdruck, der durch die geopolitischen Entwicklungen erst einmal nicht abnehmen wird. Diese Korrelation führt zu dem angekündigten Stellenabbau in der Stahlbranche. Die Auswirkungen der Stahlkrise und die Kosten des notwendig richtigen Transformationsprozesses treffen aber in allererster Linie die Stadt Duisburg. Schwankt der Riese Stahl, führt dies zu erheblichen Verwerfungen in Duisburg und spürbaren Erschütterungen in Nordrhein-Westfalen und Deutschland.“*

Dazu erklärte die AfD, dass die Herstellung von „grünem Stahl“ sinnlos und falsch sei, worauf Oberbürgermeister Sören Link und die Grünen heftig reagierten. Dementsprechend folgte eine sehr lange kontroverse Diskussionen, die es nur in (Vor-)Wahlkampfzeiten geben kann, denn es handelte sich lediglich um eine Mitteilungsvorlage, bei der im Stadtrat nichts abgestimmt oder entschieden wird.

Aufsichtsrat der Flächenentwicklungsgesellschaft

Weitere 30 Minuten kostete die geheime Abstimmung (beantragt von DAL) zur Wahl eines Aufsichtsrats für die neu gegründete Flächenentwicklungsgesellschaft, die zukünftig die Entwicklung und Vermarktung der Duisburger Freiflächen organisieren soll, nachdem der Gebag diese Aufgabe entzogen wurde.

Ende der letzten Ratssitzung vor der Kommunalwahl

Um 20:45 Uhr konnte der Oberbürgermeister die letzte Ratssitzung vor der Sommerpause beenden. Bis zum nächsten Rats-Update im Oktober wünsche ich Ihnen im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies**, **Oliver Alefs** und **Kira Schulze Lohoff** eine schöne erholsame Sommerzeit.

Thomas Wolters

FDP-Fraktionsgeschäftsführer